

### **Warum der geplante Pflegekostendeckel wenig verändern würde**

Der stetig steigende Eigenanteil, der für Pflegeleistungen erbracht werden muss, sorgt für wachsenden sozialen Unmut. Bundesgesundheitsminister Jens Spahn plant daher, die Zuzahlung bei monatlich 700 Euro und drei Jahren zu deckeln. Auf den ersten Blick mutet das wie eine Revolution an; derzeit liegt der Eigenanteil bei stationärer Pflege im Bundesdurchschnitt bei über 2.000 Euro.

Der Haken: Der Kostendeckel betrifft nur die reinen Betreuungsaufwendungen, und die belaufen sich aktuell im Schnitt auf 786 Euro. Die Ersparnis wäre also sehr überschaubar. Darüber hinaus wäre sie ungleich verteilt, denn nur in den wohlhabenderen Bundesländern müssen überhaupt durchschnittlich mehr als 700 Euro gezahlt werden.

Es bleibt das Dilemma, dass die permanent steigenden Pflegeausgaben nicht von der gesetzlichen Pflegeversicherung aufgefangen werden können, wenn die Beiträge nicht förmlich explodieren sollen. Am Teilkasko-Charakter dieser staatlichen Absicherung wird auch Spahns jüngster Vorstoß nichts ändern – die Bürger sind weiterhin aufgerufen, sich mit einer privaten Pflegevorsorge für den Fall der Fälle zu wappnen.

### **P&R-Anleger können mit baldiger Abschlagszahlung rechnen**

Es war und ist einer der größten Anlageskandale der deutschen Geschichte: die Pleite der P&R-Gruppe, die über verschiedene Gesellschaften nicht existente Container verkauft und verleast hat. Immerhin: Rund 600.000 der 1,6 Millionen in den Büchern stehenden Container gibt es tatsächlich, und sie lassen sich zu Geld machen. Genau das tut Insolvenzverwalter Dr. Michael Jaffé derzeit mit Hochdruck.

Die rund 54.000 geprellten Investoren können sich bald über erste Geldeingänge freuen. Rund 400 Millionen Euro möchte Jaffé ihnen überweisen. Zuvor allerdings müssen sich die Anleger noch auf eine Verteilungsquote unter den verschiedenen P&R-Tochtergesellschaften einigen, zwischen denen das Geld zur Verschleierung des Betrugs hin- und hergeschoben wurde. Die Abstimmung soll auf vier schriftlichen Gläubigerversammlungen erfolgen. Insgesamt hofft Jaffé auf einen Erlös der Insolvenzmasse von rund einer Milliarde Euro. Für die Investoren ein eher schwacher Trost, denn die Forderungen belaufen sich auf 3,5 Milliarden Euro.

### **Riester-Bestand schrumpft weiter**

Die Riester-Rente genießt keinen guten Ruf, auch wenn sie sich für viele Zielgruppen durchaus ordentlich lohnt. Erneut hat nun die Zahl der Riester-Verträge laut Bundesministerium für Arbeit und Soziales deutlich abgenommen: um rund 53.000 in nur einem Quartal. Schon im vorherigen Quartal hatte der Abrieb ähnliche Ausmaße. 16,425 Millionen Verträge stehen damit derzeit in den Büchern. Am stärksten fiel der Schwund mit 29.000 wieder bei den Riester-Versicherungsverträgen aus, die allerdings mit 10,715 Millionen Verträgen auch den Löwenanteil der Riester-Produkte stellen. Einen zarten Zuwachs um 4.000 Verträge gab es bei Wohn-Riester.

Damit setzt das Segment seinen seit 2018 anhaltenden Schrumpfungskurs fort. Die Politik ventiliert daher mit zunehmendem Eifer Reformideen. So möchte die Unionsfraktion im Bundestag die Riester-Rente für Selbstständige öffnen, die Förderbeiträge erhöhen – und dem Ganzen einen neuen Namen geben: „Zulagen-Rente“. Vehemente Kritik an diesen Vorschlägen wird von Verbraucherschützern und dem Paritätischen Gesamtverband erhoben, der einen kompletten Kurswechsel fordert. Dass es vor der Bundestagswahl im nächsten Jahr noch zu einer Riester-Reform kommt, dürfte als unwahrscheinlich gelten.

### **Ist ein Bitcoin-Investment nachhaltig?**

Kryptowährungen waren zuletzt nicht mehr so stark in den Medien präsent wie vor ein, zwei Jahren. Dennoch florieren sie weiterhin und sprechen auch Kleinanleger an, insbesondere die bekannteste unter ihnen, der Bitcoin. Der hat erst kürzlich an Renommee und Wert gewonnen, als der Zahlungsdienstleister PayPal ankündigte, zukünftig auch Zahlungen in Kryptowährungen abzuwickeln. Auf ein 18-Monats-Hoch von über 13.000 US-Dollar kletterte der Bitcoin-Kurs daraufhin. Einer Bitkom-Umfrage zufolge können sich 36 Prozent der Deutschen einen Einstieg in den Bitcoin vorstellen.

Mehr und mehr Anleger fragen sich allerdings auch: Passt das zu meinem Anspruch an Nachhaltigkeit? Hier lautet die Antwort beim Bitcoin in aller Regel: Nein. Seine Herstellung („Mining“) verursacht jährlich in etwa so viel CO<sub>2</sub> wie ganz Jordanien, nämlich über 22 Millionen Tonnen. Damit stehen die beiden Trends Kryptowährungen und Nachhaltigkeit im Widerspruch zueinander. Daneben gilt natürlich weiterhin: Für einen Einstieg in die Digitalwährungen sollte man nur „Spielgeld“ aufwenden, da ein solches Investment spekulativen Charakter hat, also große Verluste mit sich bringen kann.

### **Betroffene der Thomas-Cook-Pleite erhalten höhere Versicherungsleistung**

Groß war der Aufschrei, als sich nach der Insolvenz des Reiseanbieters Thomas Cook herausstellte, dass der Versicherungsschutz gesetzlich auf 110 Millionen Euro gedeckelt war – viel zu wenig. Insgesamt standen nämlich nach ersten Berechnungen rund 287 Millionen Euro im Feuer, die Kunden für ihre gebuchten Reisen überwiesen hatten. Jenen wurde vom Versicherer Zurich eine Kompensationszahlung von lediglich 17,5 Prozent ihrer Ansprüche in Aussicht gestellt. Von den 110 Millionen wurden nämlich noch 60 Millionen abgezogen, die für die Heimholung von Thomas-Cook-Urlaubern aufgewendet werden mussten.

Da die Forderungen aber insgesamt geringer als erwartet ausfielen, hebt die Zurich die Quote nun auf 26,38 Prozent an. Grund zur Freude ist das indes nur für den Bundesfinanzminister, denn er soll den Fehlbetrag nach dem Willen der Bundesregierung am Ende begleichen. Diese hat eingeräumt, dass die gesetzliche Deckelung am Bedarf der Reisekunden vorbeigeht, und eine Neuregelung des Insolvenzrechts angekündigt.

### **Fondspolice ohne Garantien im Kommen**

Spätestens mit der Corona-bedingten Schuldenexplosion ist klar, dass Null- und Negativzinsen die neue Normalität sind. Damit steigt auch die Offenheit der Anleger und Vorsorgesparer gegenüber einem Engagement an den Kapitalmärkten – sogar ohne Sicherheitsnetz. Ablesen lässt sich dies an den Ergebnissen einer aktuellen Umfrage unter Maklern: Erstmals gab jeder zweite von ihnen und damit die Mehrheit an, dass Fondspolice ohne Garantie das am häufigsten vermittelte Produkt in ihrer Altersvorsorgeberatung waren. Fondspolice mit Garantien folgen kurz dahinter mit 48 Prozent.

Das passt zu jüngsten Umfragen unter Bundesbürgern, wonach die Scheu vor den Kapitalmärkten immer mehr einer grundlegenden Einsicht weicht: dass klassische garantiebewehrte Finanzvehikel wie Sparbuch, Festgeld, Bausparverträge und Lebensversicherungen mit Garantiezins in der Niedrigzinsära in der Regel noch nicht mal mehr zum Inflationsausgleich reichen. Fondspolice verbinden die Chancen der Kapitalmärkte mit den steuerlichen Vorteilen eines Versicherungsmantels. Ihr Garantieniveau lässt sich den Kundenwünschen anpassen – je niedriger, desto größer das Renditepotenzial.

### **Persönliche Beratung bleibt deutschen Versicherungskunden wichtig**

Eine Befragung von rund 8.000 Versicherten aus acht Ländern – primär auf Kfz-, Wohngebäude- und Hausratversicherungen bezogen – erbrachte kürzlich die Erkenntnis, dass die deutschen Versicherungskunden insbesondere auf zwei Feldern herausstechen: Zum einen liegt der Anteil jener, die die persönliche Vermittleransprache favorisieren, mit 46 Prozent ebenso hoch wie der von Kunden, die bevorzugt online suchen und abschließen. Zum Vergleich: In Großbritannien, wo Versicherungsberater per Honorar entlohnt werden, beträgt das Verhältnis 2 zu 81 Prozent.

Zum anderen legt keine andere Nation einen vergleichbar hohen Wert auf Datenschutz; ein Grund für die Zurückhaltung gegenüber Telematiktarifen in der Kfz-Versicherung. Nur ein Drittel der Deutschen ist prinzipiell bereit, persönliche Daten – unter anderem zum Fahrstil – mit Versicherern zu teilen, um im Gegenzug Prämienrabatte oder individuell gestaltete Produktlösungen zu erhalten. Die größte Offenheit in diesem Punkt zeigen die Chinesen, von denen 57 Prozent ihre Daten teilen würden.

### **Überhitzen die Immobilienmärkte in München und Frankfurt?**

Die Immobilienpreise klettern auch in Pandemiezeiten unaufhörlich weiter – zumindest die für Wohnimmobilien. Kein Wunder: Das eigene Heim hat als Rückzugsraum an Bedeutung gewonnen, zudem arbeiten immer mehr Menschen zu Hause und brauchen entsprechende (größere) Räumlichkeiten. Im ersten Quartal dieses Jahres verteuerten sich Eigentumswohnungen in den sieben größten deutschen Städten im Schnitt um 7,4 Prozent gegenüber dem Vorjahresquartal.

Laut einer Studie der Schweizer Großbank UBS, die jährlich die Wohnimmobilienmärkte in 25 Metropolen weltweit auswertet, führt diese Entwicklung in zwei deutschen Großstädten zu einem bedenklichen Blasenrisiko: München und Frankfurt am Main landen diesbezüglich auf den ersten beiden Rängen, vor Toronto, Hongkong und Paris.

Für München ist diese unselige Topplatzierung nicht neu. Frankfurt allerdings rangierte im letzten Jahr noch auf dem fünften Platz, hier ist das Blasenrisiko also besonders stark gewachsen. Die Studienautoren vergeben einen Score: zwischen 0,5 und 1,5 Punkten gilt ein Markt als überbewertet, darüber als überhitzt. München kommt nach 2,01 im Vorjahr aktuell auf 2,35 – Frankfurts Score sprang von 1,71 auf 2,26. Alle anderen untersuchten Metropolmärkte liegen unter 2.